



NEWSLETTER

der Gemeinde Altstadt

KW 14 - April 2017



ALTENSTADT

Herausgeber: Gemeindeverwaltung Altstadt | Grafik und Layout: Christian Preisser
Inhalte: Gemeindeverwaltung Altstadt | EMail: preisser@altenstadt.de

Gemeindeverwaltung Altstadt
Frankfurter Str. 11
63674 Altstadt

Tel.: 06047-8000-0
Fax.: 06047-8000-50
Mail: info@altenstadt.de

www.altenstadt.de

NEWSLETTER

Vollsperrung der Wiesenstraße in Altenstadt bis 31.05.2017

Fußgängernotweg wird außerhalb der Arbeitszeiten ab Freitag, 17.03.2017 eingerichtet.

Aufgrund der Bauvorhaben „Neubauten in der Wiesenstraße“ in Altenstadt, ist es baubedingt weiterhin notwendig, diese Straße für den Fahrzeugverkehr voraussichtlich bis 31.05.2017 voll zu sperren.

Außerhalb der Arbeitszeiten (Montag- Freitag zwischen 16.00 Uhr und 8.00 Uhr, sowie ganztags an den Wochenenden) wird ab 17.03.2017 ein Fußgängernotweg durch die Wiesenstraße eingerichtet.

Die Anwohner der Wiesenstraße werden weiterhin gebeten mit ihren Fahrzeugen die Einfahrt aus der Frankfurter Straße zu nutzen um zu ihren Wohnhäusern zu gelangen. Die Einbahnstraßenregelung in diesem Bereich entfällt in dieser Zeit. Ein Durchfahren von der Hanauer Straße aus bleibt weiter nicht möglich.

Ich bitte um Ihr Verständnis und Beachtung.

Der Bürgermeister als Straßenverkehrsbehörde

Raum für Kreativität – Jugendforum nimmt Arbeit auf

Das Jugendforum ist Teil des Bundesprogrammes „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, welches seit August 2016 in Altenstadt und Büdingen anläuft.

Jugendliche wollen nur chillen, ihre Freizeit genießen und abhängen – wer das glaubt, wurde beim dritten Treffen des Jugendforums eines Besseren belehrt. Am 17. März kamen 10 Jugendliche der Gemeinden Büdingen und Altenstadt zum dritten Mal zusammen, um über die Zukunft der beiden Städte zu beraten. Das

Jugendforum ist Teil des Bundesprogrammes „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, was seit August 2016 in den beiden Gemeinden anläuft. Es wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Es soll Jugendlichen und Kindern ermöglichen, eine eigene Stimme für Ihre Interessen zu entwickeln. Dort können sie offen das ansprechen, was ihnen im Alltag mächtig auf die Nerven geht. Dass es Probleme gibt, zeigte sich an dem Nachmittag schnell. Es gibt in beiden Gemeinden keine Grünflächen, auf denen man sich Treffen kann. Stattdessen seien nach Ansicht der Jugendlichen beide Gemeinden von vielen dreckigen Plätzen und einem unschönen Stadtbild geprägt. Ein Ziel könnte es daher sein, in Zukunft mehr Engagement in das Erscheinungsbild beider Städte zu investieren.

Im Verlauf der Diskussion zeigte sich des Weiteren, dass die Infrastruktur im ländlichen Raum ein großes Hindernis für das soziale Leben darstellt. Sich mal eben mit einem Freund treffen, sei häufig nicht möglich, weil der Nahverkehr dies nicht ermögliche. Ein Wunsch, der dazu fiel, war es, ein hessenweites Ticket anzubieten und die Vernetzung auszubauen. Auch weitere Themen, wie Alkohol- und Drogenkonsum und der gesellschaftliche Umgang miteinander, der mitunter von einem rauen Ton geprägt sei, wurden angesprochen und diskutiert.

Im Anschluss daran konnten die Teilnehmer aber auch ihre Zukunftsvorstellungen formulieren. Vor allem ein Fest, das sich ausschließlich an Jugendliche richtet, und ein Outdoor-Kino wünschten sie sich. Auch ein größeres Angebot an Freizeit- und Sportgruppen wurde genannt.

In den kommenden Monaten wird sich das Jugendforum immer wieder treffen, um die gesammelten Ideen weiterzuentwickeln und im Jahresverlauf konkrete Projekte umzusetzen. Bei der Umsetzung unterstützt Frau Ettingshausen, von der örtlichen Koordinations- und Fachstelle des Projektes der Partnerschaft für Demokratie östliche Wetterau, die Jugendlichen. Ziel ist es aber, dass das Jugendforum irgendwann eigenverantwortlich, ohne das Zutun von Erwachsenen, seine Projekte plant und verwirklicht.

Das nächste Treffen wird am 31. März um 16 Uhr im evangelischen Gemeindehaus am Marktplatz 3 in Büdingen sein. Neue Teilnehmer sind herzlich willkommen. Für Fragen steht Ihnen Frau Ettingshausen unter 06042-884 288 oder per E-Mail unter mitmischen@stadt-buedingen.de zur Verfügung.

Weitere Informationen erhalten Sie auch hier:

www.demokratieleben.com



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Demokratie zum Mitmachen

Gemeinsame Partnerschaft von Altenstadt und Büdingen im Bundesprogramm "Demokratie leben".

Der ein oder andere Bürger hat vielleicht schon einmal was vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gehört, ein anderer kennt es noch gar nicht. Deshalb möchten wir die Gelegenheit nutzen und das Programm hier näher vorstellen und erläutern, welche Möglichkeiten es gibt, daran als Bürgerin oder Bürger mitzuwirken.

Altenstadt und Büdingen haben sich Anfang 2016 gemeinsam als Partnerschaft für Demokratie beworben, im August erhielten sie die Zusage. Die Bundesregierung, insbesondere die Familienministerin Manuela Schwesig, will durch das Programm Projekte fördern, die sich gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt stark machen. Die Zivilgesellschaft soll für diese Tendenzen sensibilisiert und der ländliche Raum gefördert werden. Seit August 2016 ist hier vor Ort schon eine Menge passiert – es wurde ein Trägerverein gegründet, der das Bundesprogramm umsetzt, es hat eine Demokratiekonferenz in Büdingen stattgefunden, es wurde eine Koordinationsstelle eingerichtet, die die Bürger, Vereine und Initiativen bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten berät, und die ersten Projektvorhaben wurden bereits umgesetzt. So konnte die Wanderausstellung über die Verbrechen des NSU im Heuson-Museum in Büdingen gezeigt werden und Schülerinnen und Schüler der Limeschule und Büdinger Schulen haben eine Filmvorführung von „Nebel im August“ besucht, bei der es um die Verbrechen im Nationalsozialismus ging.

Für die Bürgerinnen und Bürger gibt es zahlreiche Möglichkeiten, an dem Bundesprogramm aktiv teilzunehmen und sich in das Geschehen einzubringen. Am Anfang steht immer eine Idee eines Bürgers, Vereins oder eine Initiative. Mit dieser Idee kann man sich dann an die Koordinationsstelle wenden und Fragen klären. Ist dieser Schritt gemacht, wird geprüft, ob das Projektvorhaben den Fördergrundsätzen entspricht. Das Projekt wird dann im sog. Begleitausschuss beraten. Dieser besteht aus etwa 15 Mitgliedern beider Gemeinden, die die Projektanträge beraten und schließlich über sie abstimmen. Er setzt sich aus Vertretern unterschiedlicher Richtungen zusammen, z.B. aus Vereinen, Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Gelder werden wiederum über die Koordinationsstelle verausgabt und abgerechnet. Am Ende des Projektes erfolgt

dann eine Dokumentation des Projektträgers, um auszuwerten, ob die ursprünglichen Ziele damit erreicht werden konnten.

Das Bundesprogramm richtet sich aber nicht nur an Erwachsene. Kinder und Jugendliche sollen darin genauso zum Zuge kommen. Aus diesem Grund gibt es ein Gremium, welches sich ausschließlich an Kinder und junge Erwachsene wendet: das Jugendforum. Es ist mit einem eigenen Budget von 5000 Euro für Projekte ausgestattet. In Büdingen und Altstadt wurde das Jugendforum bereits etabliert. Daran nehmen inzwischen 10 Jugendliche im Alter von 13-21 Jahren teil. Es setzt sich zusammen aus Schülern des Wolfgang-Ernst-Gymnasiums, der Dohlbergschule, der Limeschule und aus Mitgliedern des Büdinger Kinder- und Jugendbeirats.

Das nächste Treffen des Jugendforums wird am 31. März 2017 um 16 Uhr im evangelischen Gemeindehaus in Büdingen stattfinden. Neue Gesichter sind selbstverständlich herzlich willkommen.

Wer weitere Informationen zu dem Bundesprogramm erhalten möchte, kann sich auf unserer Webseite unter www.demokratieleben.com bzw. bei Frau Ettingshausen unter 06042-884 288 bzw. bei mitmischen@stadt-buedingen.de melden.

(Text: Eva Ettingshausen, Koordinations- und Fachstelle „Demokratie leben!“)



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Neue digitale Funkmelder für die Altstädter Feuerwehren

Digitale Meldeempfänger wurden an die Einsatzkräfte ausgegeben. Zukünftig bleibt die Sirene bei der Alarmierung stumm!

ALTENSTADT - (asl). Vor gut 100 Jahren wurden die Feuerwehren noch von einer Kirchenlocke alarmiert. „Dann musste jeder mit einem Ledereimer anrücken“, bemerkt Andreas Wirsing von der Freiwilligen Feuerwehr Altenstadt die Geschichte. Außerdem gab es handbetriebene Sirenen. Später wurden die Sirenen, die auf Dächern angebracht waren und im Krieg Angriffe ankündigten, umfunktioniert, um die Brandschützer zu ihren Einsätzen zu rufen. Es folgte der analoge Funk. Doch die Sirenen wurden zur Sicherheit mit eingesetzt, „... falls die analoge Alarmierung mal nicht griff“, ergänzen Wirsings Kollege Christian Schlüter und der Altenstädter Gemeindebrandinspektor Stefan Mertens.

Die Sirenen in der Gemeinde Altenstadt werden künftig nicht mehr gebraucht, wenn die Brandschützer gerufen werden. Denn ab nächster Woche beginnt endlich das digitale Zeitalter bei den Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde. Schlüter und Wirsing gaben in dieser Woche die digitalen Funkmelder an alle Kameraden der Einsatzabteilungen aus, eingeteilt nach den Ortsteilwehren.

Im Wetteraukreis sind die Altenstädter die Fünften nach Kefenrod, Glauburg, Ortenberg und Rockenberg, die dann nur noch mit den digitalen Geräten arbeiten. Seit 2012 wird bereits digital gefunkt. Doch die komplette Umstellung erfolgt erst jetzt.



Die Umrüstung der Feuerwehren hessenweit ist bereits seit rund zehn Jahren im Gespräch. Doch die Umsetzung gestaltete sich schwer, erinnern sich die Feuerwehrleute. Fachbereichsleiter Dominic Imhof, für die Feuerwehren der Gemeinde verantwortlich, blickte auf die Chronologie zurück: 2008 wurde eine Einkaufskooperation zwischen dem Land Hessen und den hessischen Kommunen gebildet, um die Kosten für Anschaffung der Geräte zu optimieren. Der Gemeindevorstand stimmte dem zu. „Die damalige Planung des Landes Hessen sah

eine Umstellung im Jahr 2010 vor“, so Imhof. 2009 teilte das Land mit, dass die Umstellung 2012 von Statten gehen soll. Zeitverzögerungen beim Aufbau des Funknetzes wurden als Grund genannt. Zwischen 2012 bis 2014 erfolgte die Beschaffung und Lieferung von 63 Handfunkgeräten, acht explosionsgeschützten Handfunkgeräten und 22 Mobilfunkgeräten samt Zubehör zum Preis von 52 522 Euro. Das Land gab 10 200 Euro dazu. Die Funkgeräte wurden in die Fahrzeuge eingebaut samt notwendiger Umbauten. Die Kosten hierfür beliefen sich auf knapp 59 000 Euro, listet Imhof auf. Im Februar 2017 wurden dann endlich 160 digitale Meldeempfänger mit Zubehör geliefert zum Preis von rund 69000 Euro. Vom Land gab es 9 700 Euro dazu. Jetzt warten die Feuerwehrkameraden auf die 160 Ladestationen für die Meldempfänger, die rund 13 600 Euro kosten. Die Gemeinde investierte insgesamt also rund 195 000 Euro in die Umstellung, die einen großen Schritt in die Zukunft für die Hilfsorganisationen in Hessen bedeutet, da sind sich die Fachleute einig.

Rund 58 Stunden ehrenamtliche Arbeit steckten Schlüter und Wirsing und anfangs auch Frank Hetterich in die Umrüstung.

Der Digitalfunk bedeute „wesentlich mehr Sicherheit“, erklären Wirsing und Schlüter. Der analoge Funk, den auch die Polizei benutzte, konnte problemlos mit einem alten Röhrenradio abgehört werden. Außerdem gab es auch zu wenige Frequenzen, so Wirsing. Im Kreis gab es früher drei, jetzt sind es 23 Funkmasten, damit der Empfang gegeben ist. Eine doppelte Verschlüsselung der Geräte sorgt für die notwendige Sicherheit. Gemeinsam mit Schlüter wies er seine Kameraden im Rahmen der Geräteausgabe in die Funktionen ein. Am Montag, 27.03.2017 wird es nochmals für alle eine Testphase geben „und dann werden die Sirenen endgültig abgestellt“, so Wirsing.



(Quelle Text: Kreis-Anzeiger v. 25.03.2017 / Bilder: A. Schinzel)

Statistisches Landesamt sucht Interviewer für Haushaltsbefragungen

Werden Sie Erhebungsbeauftragte/r für Europas größte Haushaltsberatung (Mikrozensus)



Interviewer/innen (Erhebungsbeauftragte)

für Europas größte Haushaltsbefragung (Mikrozensus)

gesucht



Die Erhebungsbeauftragten werden in einem Werkvertragsverhältnis ehrenamtlich für das Statistische Landesamt tätig. Die Tätigkeit besteht im wesentlichen in der Durchführung von Haushaltsbefragungen mittels Laptop/Tablet-PC, in den vom Hessischen Statistischen Landesamt festgelegten Gebäuden. Für jedes durchgeführte Interview erhalten Sie eine vom Umfang der Fragen abhängige Aufwandsentschädigung zwischen 9,00 € und 16,00 €. Fahrt-, Portokosten und bestimmte Organisationsarbeiten werden separat abgerechnet. Die Dauer eines Interviews beträgt durchschnittlich ca. 30 bis 40 Minuten.

Sollten Sie Interesse an dieser interessanten und verantwortungsvollen Tätigkeit haben, richten Sie bitte eine kurze Bewerbung an das:

Hessisches Statistisches Landesamt
- Mikrozensus -
65175 Wiesbaden
bevorzugt per E-Mail an:
mikrozensus-interviewer@statistik.hessen.de

Sie können sich auch online bewerben. Bitte öffnen Sie hierzu den [Aushangflyer](#) und scannen den dortigen QR-Code.